

# fraktion aktuell



Newsletter der **SPD**-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel

Nummer 10 / 2015

26. November 2015

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Genossen, liebe Freunde!

Am gestrigen Mittwoch fand die Stadtverordnetenversammlung (SVV) statt. Wir möchten als SPD-Fraktion auch weiterhin die Gelegenheit nutzen, um auf die SVV und die Kommunalpolitik der letzten Tage und Wochen zurückzublicken. Dazu nutzen wir seit nunmehr fast 5 Jahren regelmäßig den Newsletter der SPD-Fraktion.

Doch dieser Newsletter ist mehr als nur bloße Information. Er soll an Sie als Leser auch eine Einladung sein sich einzubringen, mitzudiskutieren und die Kommunalpolitik in Brandenburg an der Havel kritisch und interessiert zu begleiten.

Es würde mich freuen, wenn Sie an unserem Newsletter Gefallen finden.

Für Fragen, Kritik und Anregungen stehen wir Ihnen gerne unter [fraktion@spd-stadt-brandenburg.de](mailto:fraktion@spd-stadt-brandenburg.de) zur Verfügung.



Ihre/ Eure

Britta Kornmesser

**Britta Kornmesser**

## **Perspektiven für den Packhof**



Per Eilboten wurden am vergangenen Dienstag die Vorlagen der Verwaltung für den Packhof ausgefahren. Das Exposé, das die Grundlage für einen Verkauf der Fläche bilden soll, liegt nun endlich vor.

Die Aussagen, die die Stadtverordneten darin lesen können sind teilweise neu, teilweise werden sie hinter vorgehaltener Hand aber auch schon seit Wochen in der Stadt diskutiert. Nun also endlich Klarheit.

Doch je mehr man die 16 Seiten der öffentlichen Vorlage liest, desto mehr Fragen stellen sich. So soll abweichend von den bisherigen Planungen nicht mehr der Uferbereich in der Verlängerung des Stadtwerkesitzes unbebaut bleiben. Daneben ist von Parkflächen oder gar von einem Parkhaus mit bis zu 550 Stellplätzen auf dem Gelände die Rede.

Alles in allem scheint das Exposé nur das festschreiben zu wollen, was viele befürchten: Ein großes Kongresshotel mit Tagungsbereich und Wellnessoasen kommt auf den Packhof - für mehr ist dann kein Platz.

Wir Sozialdemokraten hatten zu gestrigen Stadtverordnetenversammlung zwei Beschlussanträge eingebracht. Der erste konzentrierte sich auf die Fläche des Packhofes und sollte die Perspektiven an diesem Standort erhalten helfen.

Ziel war es, die guten Vorarbeiten aus dem moderierten Strukturkonzept von 2011 auch zur Grundlage der weiteren Beratungen zu machen. Auch weitere Vorarbeiten wurden von uns eingefordert und die Beschlussfassung soll abschließend immer die SVV treffen. Diese Festlegung wurde gestern mit großer Mehrheit mitgetragen.

Auch das bereits eine Untersuchung der Auswirkungen eines Hotels oder der Wohnbebauung auf den Verkehr und die verkehrliche Anbindung durch die Stadt beauftragt wurde, war ein gutes Signal, um wesentliche Fragen im Vorfeld diskutieren zu können.

Die ersten Ergebnisse dieser Verkehrsuntersuchung sollen im Januar vorliegen. Auch dass das moderierte Strukturkonzept eine der Grundlagen für die Entscheidungen der SVV werden soll fand Zuspruch. Um aber auch weiteren Erwägungen Raum zu geben, ist es zur Mitberatung in die Ausschüsse verwiesen worden.

Es ist ein gutes Signal, dass trotz der unterschiedlichen Positionen innerhalb der Fraktionen, aber auch innerhalb der gesamten SVV, jedem Stadtverordneten die Bedeutung dieses Grundstücks und seine Entwicklung so wichtig ist.

Dass auch noch ein zusätzliches Hotel in unserer Stadt gebraucht wird, diese Frage konnte gestern Abend allerdings nicht umfassend beantwortet werden. Grund genug für uns, von der Verwaltung eine Machbarkeitsstudie zu fordern, die die Notwendigkeit eines Hotels in der derzeit diskutierten Größe von 120 Zimmern im Vier-Sterne-Bereich mit Wellness- und Tagungskapazitäten prüft.

Auch die Standortfrage ist dabei aus unserer Sicht von externer Seite zu prüfen, denn ob es nicht neben dem Packhof weitere Flächen gibt, auf denen eine Hotelansiedlung gelingen kann, ist bislang unklar.

Ebenso unklar sind auch die Auswirkungen von Tagungs- und Wellnessbereich auf die bisherigen Anbieter und auf die eigenen städtischen Einrichtungen wie das CCC im Theater oder das Marienbad. Auch zu diesen Fragen wollen wir mit einer Machbarkeitsstudie Antworten finden, um eine Grundlage für die Entscheidung zum Packhof zu haben.

Die derzeit von der Verwaltung vorgesehene Beschlussfassung des Exposé in der Dezember-SVV und damit eine Beratung nach weniger als drei Wochen scheint uns zu kurz.

**Dirk Stieger**

## **Erhalt der Kreisfreiheit weiterhin gemeinsames Anliegen**



Landesweit wurde wahrgenommen, dass auch in unserer Stadt durch ein gemeinsames und abgestimmtes Vorgehen in der Kampagne zum Erhalt der Kreisfreiheit eine beachtliche Mobilisierung und ein hohes Interesse der Bürgerinnen und Bürger erreicht werden konnte.

Mit diesem "Auftakt" ist aber das gemeinsame Bemühen und Werben zum Erhalt des kreisfreien Status noch nicht beendet. Im Gegenteil: Die im gesamten Land von der Landesregierung durchgeführten Dialogveranstaltungen haben vielfältige Bedenken bei Bürgerinnen und Bürgern, bei kommunalen Akteuren und Interessenvertretern ergeben. Soweit uns Brandenburgern in dem Zusammenhang vorgehalten wurde, wir wären nicht bereit, uns den Realitäten zu stellen und wir würden jede Veränderung ablehnen, war es wichtig, dem deutlich entgegenzuwirken.

Mit unserem Stadtkreis-Beschlussantrag wollten wir den nächsten wichtigen Schritt gehen. Dazu gehört die Entscheidung, ob sich unsere Stadt künftig auch für die uns umgebenden Gemeinden als Dienstleister und kommunaler Partner sieht. In der letzten Konsequenz könnte eine gemeinsame Perspektive stehen mit unserer kreisfreien Stadt und vielen Ortsteilen, deren Rechte und Zuständigkeiten zu stärken sind.

Neben diesem Bekenntnis sollen mit den Umlandgemeinden Gespräche über eine künftige engere Zusammenarbeit geführt werden.

Alle Fraktionen und Mitglieder der SVV haben die Bedeutung des Beschlussantrages erkannt, denn es geht hier auch um eine Signalwirkung in Richtung Potsdam. Der Beschlussfassung waren vielfältige Beratungen und Abstimmungen in den Ausschüssen, gerade auch im zeitweiligen Ausschuss zur Kreisfreiheit, vorausgegangen. Dieser Aufwand hat sich gelohnt.

Der Beschlussantrag wurde einstimmig angenommen.

Die Oberbürgermeisterin wurde gebeten, diese klare Entscheidung unserer Stadtverordnetenversammlung der Landesregierung im Rahmen der Leitbilddebatte zu übermitteln.

**Carsten Eichmüller**

## **Der Winter kann kommen! Freie Rodelbahn auf dem Marienberg**



In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde fast einstimmig für die Öffnung des Marienbergs gestimmt. Ab dem 20. Dezember heißt es nun: Türen und Tore für Brandenburger und ihre Gäste auf.

Auch die Rodelbahn wird durch Entfernung des Zauns am Nordhang wieder nutzbar sein. Die gute Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Stadtverordneten hat den Beschluss möglich gemacht.

So wird der Berg, der in diesem Jahr eine der Ausrichterflächen der Bundesgartenschau war, wieder für die Öffentlichkeit nutzbar sein. Alle Brandenburgerinnen und Brandenburger haben nun während der Feiertage im Dezember die Möglichkeit, ihren Gästen das Panorama unserer Havelstadt zu zeigen.

Und auch die Rodelbahn wird sobald wie möglich geöffnet werden. Spätestens mit dem ersten Schnee, der zum Rodeln einlädt. Der Beschluss zeigt: Die Brandenburger lassen sich den Rodelberg nicht nehmen!

**Daniel Keip**

## **Brandenburg bekommt eine Transparenzkommission**



Auf Antrag der SPD-Fraktion hat die Stadtverordnetenversammlung gestern die Oberbürgermeisterin mit der Einsetzung einer Transparenzkommission beauftragt.

Ziel ist es, dem Beispiel der Stadt Potsdam, die diesen Schritt bereits 2011 gegangen ist, zu folgen und eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus Vertretern der Stadtverwaltung, der Stadtpolitik, der kommunalen Unternehmen und externen Akteuren einzurichten.

Sie soll eine in der Wirtschaftswelt als Compliance bekannte Richtlinie für die Unternehmen und die Aufsichtsräte erarbeiten.

Besonders wichtig war uns auch die Einbeziehung von externen Sachverständigen wie beispielsweise Transparency International e.V.

Wir wollen ähnlich wie in Potsdam überlegen, wie der Spagat zwischen möglichst transparentem Handeln von kommunalen Unternehmen und gleichzeitiger guter Positionierung im Wettbewerb gelingen kann.

Verschiedene Impulse aus den Unternehmen selbst und von den Stadtverordneten in den Aufsichtsräten gab es dazu bereits in der Vergangenheit.

Diese zusammenzuführen, für die städtischen Unternehmen und Beteiligungen einheitliche Standards zu erarbeiten und dem Bürger mehr Einblicke in die Arbeit ihrer Stadtgesellschaften zu ermöglichen soll Aufgabe der Transparenzkommission sein.

**Nicole Näther**

## **Zentrale Vergabestelle wird eingerichtet**



Mit der Berichtsvorlage zur Errichtung einer zentralen Vergabestelle und Änderung der Gremienbeteiligung bei Vergaben will die Verwaltung nicht mehr, aber auch nicht weniger als die Umstellung eines seit 25 Jahren praktizierten Verfahrens.

Die SPD-Fraktion begrüßt die Errichtung einer zentralen Vergabestelle – vor allem im Hinblick auf die Negativbeispiele der Vergangenheit, wie der Vergabe der Straßenbauleistungen in Götting, die Nachtragsbeauftragung von zusätzlichem Streusalz an die MEBRA und nicht zuletzt die Vergabe der Wochenmärkte, wo alles schief gelaufen ist, was nur schief laufen konnte. Allerdings bemühte sich die Verwaltung schon in den letzten drei Jahren mit der Errichtung einer zentralen Vergabestelle, ohne dass es zu wesentlichen Fortschritten kam.

Aus den Erfahrungen der Vergangenheit heraus stellte die SPD-Fraktion den Antrag, dass die Beteiligung der gemeindlichen Gremien (Haupt- und Werksausschuss, Stadtverordnetenversammlung) vorerst weiter

so wie bisher praktiziert werden soll. Nach den Diskussionen in den Ausschüssen schwenkte die Verwaltung nun um und erklärte, dass die Gremienbeteiligung weiterhin für ein halbes Jahr – wie bislang – erfolgt.

**Michael Raith**

## **Erhöhung der Kita- und Hortgebühren nicht mit uns!**



Wir Stadtverordnete durften in der Sitzung vom 25.11.2015 mit der Vorlage 189/2015 über die „Elternbeitragsordnung für die Inanspruchnahme von Kindertagesstätten in der Stadt Brandenburg an der Havel“ entscheiden.

Diese Vorlage war nötig, da im Haushaltssicherungskonzept der Stadt Brandenburg an der Havel die Erhöhung der Elternbeiträge als Haushaltskonsolidierung beschlossen wurde.

Weiterhin wurde angeführt, dass insgesamt die Kosten gestiegen seien, was bei zum Glück stetig steigen Kinderzahlen eigentlich normal ist und zeigt, dass die Beiträge für Krippe, Kita und Hort respektiert und akzeptiert werden.

Zurecht kann man jetzt sagen, werden die Beiträge für Krippe, Kindertagesstätte und Hort angehoben, da jeder seinen Beitrag zum Wohl der Stadt beitragen sollte.

Zu Unrecht, wenn man sich die anderen Konsolidierungsmaßnahmen und deren Umsetzung ansieht.

In den letzten Jahren wurde für Kinder und Jugendliche die Benutzung der Städtischen Musikschule, der Besuch des Marienbads, die Mitgliedschaft in der Fouqué-Bibliothek und die Beiträge der Sportvereine erhöht, dort war für die SPD jetzt Schluss!!!

Eben genannte Erhöhungen waren nur einige direkte bereits durchgeführte und für Kinder und Jugendliche bemerkbare Auswirkungen.

Weiterhin kommen noch die Erhöhung der Monatskarte für Bus und Bahn, Kopier- und Büchergelder, Essensgelder und und und dazu.

Leider folgte nicht die Mehrheit der Stadtverordneten der ablehnenden Haltung der SPD-Fraktion.

Der eine oder andere wird sich jetzt sagen, dass jeder seinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung beitragen muss. Aber müssen es unsere Kinder sein? Und dass, wenn es noch andere Möglichkeiten im beschlossenen Haushaltssicherungskonzept gibt?

Sollten nicht erst alle Register gezogen werden und dann für die Menschen mit den kürzesten Beinen in unserer Gesellschaft die Gebühren, Kosten und Beiträge und damit die Belastungen erhöht werden?

Warum wird z.B. die im Haushaltssicherungskonzept beschlossene bessere Parkraumbewirtschaftung nicht vorangetrieben?

Wie gesagt, Kinder sollten bei Sparmaßnahmen die Letzten sein. Der Geldbeutel der Eltern sollte nicht die Voraussetzung sein, für die Entwicklungsmöglichkeiten des Kindes.

Denn schlussendlich werden die Eltern an anderer Stelle sparen müssen um Krippen-, Kita- und Hortbeiträge bezahlen zu können.